

**Kleine Anfrage****Yanki Pürsün (Freie Demokraten)****Sozialleistungsbetrug und Schwarzarbeit im Plattform-Mietwagenverkehr****Vorbemerkung:**

Aktuelle Medienberichte über Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Frankfurt im Umfeld der Fahrdienstplattformen Uber und Bolt werfen neue Fragen zu Schwarzarbeit, nicht angemeldeter Beschäftigung und möglichem Sozialleistungsbetrug im Plattform-Mietwagenverkehr auf. Nach Angaben der Frankfurter Rundschau sollen rund 450 Fahrerinnen und Fahrer ohne Anmeldung zur Sozialversicherung eingesetzt worden sein. Zudem sollen etwa 160 bis 170 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu Unrecht Leistungen von Jobcentern bezogen haben. Der mutmaßliche Schaden für Finanzamt und Sozialkassen soll mindestens 4,1 Millionen Euro betragen.

Bereits in der Antwort auf die Kleine Anfrage Drucksache 21/3421 hatte die Landesregierung ausgeführt, ihr lägen keine eigenen Erkenntnisse zu Fällen vor, in denen Plattformfahrer in Hessen staatliche Leistungen bezogen haben. Auch zu Arbeitszeit- und Einkunftsangaben von Plattformfahrern sowie zu systematischen Umgehungskonstruktionen seien ihr keine Erkenntnisse bekannt. Zugleich verwies die Landesregierung bei Schwarzarbeit auf die Zuständigkeit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit des Zolls und bei Genehmigungs- und Ordnungswidrigkeitenverfahren auf die kommunalen Behörden.

Die aktuellen Ermittlungen werfen die Frage auf, ob die bislang fehlenden eigenen Erkenntnisse der Landesregierung Ausdruck einer tatsächlichen Erkenntnislage oder einer unzureichenden behördenübergreifenden Informationsstruktur waren. Gerade wenn Jobcenter, kommunale Genehmigungsbehörden, Zoll, Steuerfahndung, Polizei und Staatsanwaltschaften jeweils nur Teilinformationen haben, kommt es darauf an, rechtssichere und schnelle Informationswege zu schaffen. Da die Landesregierung Sozialleistungsbetrug selbst als Sicherheits- und Vertrauensproblem beschrieben hat und hessenweite Aktionstage zur Bekämpfung der Sozialkriminalität durchführt, kommt es nun auf dauerhafte Strukturen, rechtssicheren Datenaustausch und wirksame Prävention an. Die Landesregierung muss daher darlegen, welche Konsequenzen sie aus dem aktuellen Fall für die bessere Vernetzung der zuständigen Stellen zieht.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche neuen Erkenntnisse hat die Landesregierung seit der Beantwortung der Drucksache 21/3421 zum mutmaßlichen Sozialleistungsbetrug im Plattform-Mietwagenverkehr in Hessen gewonnen?
2. Welche hessischen Jobcenter sind nach Kenntnis der Landesregierung von den aktuellen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Frankfurt betroffen?
3. Welche Hinweise haben hessische Jobcenter seit Januar 2024 auf nicht gemeldete Erwerbstätigkeit, Scheinselbstständigkeit oder unrichtige Einkommensangaben im Plattform-Mietwagenverkehr festgestellt oder an zuständige Stellen weitergeleitet?
4. Welche Verfahren nutzen hessische Jobcenter zur Prüfung von Einkommen aus Tätigkeiten im Plattform-Mietwagenverkehr, insbesondere im Hinblick auf App-basierte Vermittlungsumsätze, Zahlungen von Mietwagenunternehmen, Kontoauszüge, Gewerbeanmeldungen und Abgleiche mit anderen Behörden?

5. Welche Erkenntnisse ergaben die hessenweiten Aktionstage zur Bekämpfung der Sozialkriminalität mit Bezug zum Plattform-Mietwagenverkehr?
6. Welche Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus dem aktuellen Ermittlungsverfahren für die Zusammenarbeit von Jobcentern, Kommunen, Zoll, Steuerfahndung und Staatsanwaltschaften?
7. Welche Daten dürfen hessische Jobcenter nach Auffassung der Landesregierung rechtssicher mit Genehmigungsbehörden und Ermittlungsbehörden austauschen?
8. Welche landesrechtlichen oder organisatorischen Hürden erschweren nach Auffassung der Landesregierung die frühzeitige Erkennung von Sozialleistungsbetrug im Plattform-Mietwagenverkehr?
9. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um Jobcenter in Hessen bei der Erkennung nicht gemeldeter Erwerbstätigkeit im Plattform-Mietwagenverkehr zu unterstützen?
10. Welche Bundesratsinitiativen prüft die Landesregierung, um Sozialleistungsbetrug im Zusammenhang mit Plattformarbeit wirksamer zu bekämpfen?

Wiesbaden, 12. Juni 2026



Yanki Pürsün